

BERLINER MORGENPOST

Chefredakteur: Heinz Köster... Verlagsleitung: H.-P. Scherrer... Druck: Ullstein GmbH, Berlin 61...

Ein alter Zopf verschwindet

Von unserem Bonner Korrespondenten Dietrich W. Schulz

Nach mehreren vergeblichen Anläufen hat sich der Bundestag gestern ein Herz gefaßt: Er befreite die Staatsschutzbestimmungen des Strafgesetzbuches von den Auswüchsen einer einseitig orientierten Ideologie des Kalten Krieges.

Viele, was bislang zum politischen Strafrecht gehörte, war äußerst unbestimmt. Straftatbestände wurden oft nicht näher umschrieben. Kritiker hatten daher nicht ganz unrecht, wenn sie meinten, mit diesen Gesetzesbestimmungen solle nicht eine Tat, sondern eine Gesinnung unter Strafe gestellt werden.

In vieler Hinsicht wurde die „Spiegel-Krise“ von 1962 zum Kristallisationspunkt der Reformbestrebungen. Beginn und Ausgang dieser Affäre offenbarten auch einer sonst weithin uninteressierten Öffentlichkeit, wie miserabel es um unsere Staatsschutzbestimmungen bestellt ist.

Die Tür ging zu Bruch

Drohungen der „außerparlamentarischen Opposition“

(Fortsetzung von Seite 1)

Am Eingang des „Maison de France“ kam es zu tätlichen Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten sowie Polizisten und Angestellten des Hauses. Die gläserne Eingangstür, die auch zum „Cinema Paris“ führt, wurde zertrümmert.

Der Kurfürstendamm war nach diesen Zwischenfällen stundenlang blockiert. Die Polizisten registrierten mit Überraschung, daß ihre Fahrzeuge von Linksradikalen durchgelassen wurden, während die Demonstranten sich sofort wieder auf die Fahrbahn setzten.

Wer kommt für den Schaden auf?

Der Senat ist offensichtlich so stark mit dem internen Partei-SPD-Krieg beschäftigt, daß seine eigentliche Aufgabe darunter leidet. In den beiden Berliner Universitäten ist nicht nur politisch allerhand los, sondern auch mobilarmäßig.

Leserbriefe

Was haben die zuständigen Universitätsorgane getan, wegen Sachbeschädigung (§ 303 StGB) gegen die Veranstalter vorzugehen?

Kein Recht

Herrn Wehners Ruf nach Verbot der NPD hat einen fatalen Beigeschmack und wirkt etwas lächerlich. Gegen ein Verbot dieser Partei wäre nicht das geringste einzuwenden, wenn die

Regierung und Parlament haben versucht, daraus Lehren zu ziehen. Der Staat mit seiner Autorität sollte vor der Lächerlichkeit bewahrt werden, in die er zwangsläufig geraten mußte, wenn er die an sich schon einschneidenden Bestimmungen auch noch stur und extensiv anwandte.

Begriffe, die in der damaligen Diskussion eine wesentliche Rolle spielten, sind aus dem Gesetzbuch endgültig verschwunden oder neu definiert worden: „publizistischer Landesverrat“, „illegales Staatsgeheimnis“, „Mosaiktheorie“.

Auch einen „Fall Grassnick“ kann es künftig nicht mehr geben. Man wird sich noch erinnern, daß der Chefredakteur des kommunistischen Deutschlandsenders bei einer Reise in die Bundesrepublik wegen der Propagandatätigkeit seiner Anstalt festgenommen und nur auf Grund eines bedenkenlichen Kunstgriffs der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe wieder freigelassen wurde.

Wie wichtig und umfassend die Reform des politischen Strafrechts ist, wird auch deutlich, wenn man sich an die hitzigen Diskussionen über die Möglichkeiten eines Redneraustausches und eines Zeitungs-austausches zwischen beiden Teilen Deutschlands erinnert.

Antwort der Streikenden: „Zu wenig und zu spät“

Deutsche Studenten dürfen nicht mehr nach Frankreich

(Fortsetzung von Seite 1)

Dem Demonstrationsaufruf der kommunistisch gelenkten Gewerkschaft CGT folgten in Paris mehr als 100 000 Menschen. Der Zug bewegte sich vom Platz der Bastille zum Bahnhof St. Lazare.

An der Streiklage hatte sich gestern in Frankreich nichts geändert. Die Abmachungen zwischen den Gewerkschaften und der Regierung wurden von der Mehrheit der rund zehn Millionen streikenden Arbeiter abgelehnt.

Deutschen Studenten wurde auf unbestimmte Zeit die Einreise nach Frankreich untersagt. Das französische Innenministerium will mit dieser Anordnung verhindern, daß sich deutsche Studenten an den Unruhen beteiligen.

Das Deutsche Reisebüro (DER) in Paris äußerte die Ansicht, daß ein geregelter Flugzeug- und Eisenbahnverkehr mit Frankreich nicht vor Mitte nächster Woche wiederaufgenommen werden kann.

Dem deutschstämmigen Studentenfürher Daniel Cohn-Bendit ist es trotz Einreiseverbots gelungen, aus der Bundesrepublik nach Frankreich zurückzukehren.

Die deutsche Regierung hat sich gestern in Frankreich nichts geändert. Die Abmachungen zwischen den Gewerkschaften und der Regierung wurden von der Mehrheit der rund zehn Millionen streikenden Arbeiter abgelehnt.

Politik auch auf Seiten 10 u. 11

Hereinspaziert



Novotny ohne Beifall

Prager Parteispitze trat im Hradschin zusammen

United Press International/dpa/AP

In Prag begann gestern nachmittag die Tagung der 110 Mitglieder des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei.

Kennedy deutet Verzicht an

Springer-Auslands-Dienst/AP/dpa/UPI

Der demokratische Senator Robert Kennedy erlitt die erste Wahlniederlage seiner politischen Laufbahn.

CSU: Mende kannte Porsts Ost-Kontakte

Associated Press

Das Münchner CSU-Organ „Bayern-Kurier“ forderte gestern die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses im Zusammenhang mit dem Fall Porst.

CDU bedingt zur Verhandlung bereit

Associated Press

Die CDU in Baden-Württemberg sei bereit, am 3. Juni mit der FDP/DVP das von dieser Partei vorgeschlagene Gespräch zu führen.

Wenn sich die FDP/DVP jetzt nicht zur Aufstellung einer Verhandlungskommission bereitfindet, müsse die CDU endgültig davon ausgehen, daß der Gesprächspartner keine Koalition wünsche.

Kurz gemeldet

Nationalgarde verstärkt

In Louisville (US-Staat Kentucky) mußte die Nationalgarde verstärkt werden, als vorwiegend jugendliche Fanbegeisterte am Dienstagabend die bereits verhängte Ausgangssperre mißachteten.

Unschuldig

Bittere Klage führte ein Sprecher der Friseur bei einer Protestversammlung der Pariser Figaros darüber, daß die jungen Leute ausgerechnet mit verwilderten langen Haaren gegen alles Mögliche protestieren und so das Friseurhandwerk schädigen.

Absturz auf Sylt

Ein Bundeswehr-Düsenjäger vom Typ Fiat G 91 stürzte gestern auf Sylt kurz nach dem Start vom Flugplatz Westerland ab.

Untaugliche Maschinen

Scharfe Kritik wurde im Obersten Sowjet am sowjetischen Landwirtschaftsministerium geübt. Die Industrie liefert Landwirtschaftsmaschinen häufig unvollständig, die Lebensdauer sei kürzer als es die technischen Vorschriften vorsehen, und oft erwiesen sie sich später überhaupt als untauglich.

Erlaß des Königs

Das griechische Kabinett billigte einen königlichen Erlaß, mit dem die vor mehr als einem Jahr suspendierten Grundrechte der Versammlungs- und Koalitionsfreiheit wiederhergestellt werden.

Soldaten als Tauschobjekt

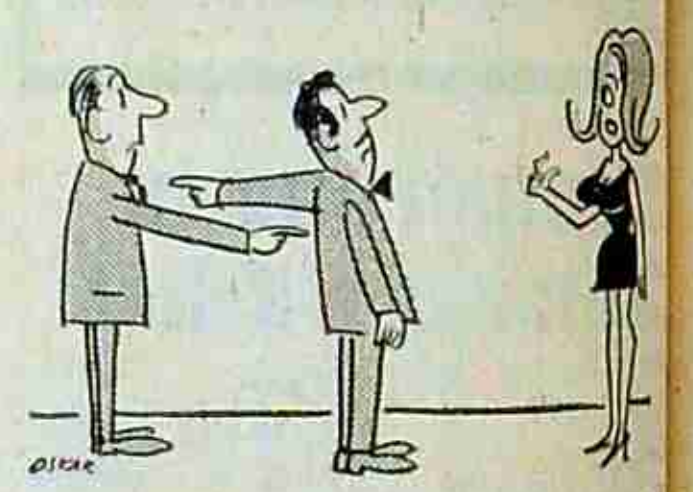
Zwei inhaftierte amerikanische Soldaten will der kambodschanische Regierungschef Sihanouk gegen zwei Buldozzer eintauschen, die zur landwirtschaftlichen Entwicklung des Landes beitragen.

Malawi kritisiert UN

Der Delegierte Malawis sprach sich in der Südwestafrika-Debatte der Vereinten Nationen für Verhandlungen mit Südafrika aus. Er kritisierte die Haltung der UN-Vollversammlung, die sich auf eine aussichtslose Konfrontation eingelassen habe.

Kein Verlaß

Das englische Filmsternchen Betty Draper hält nicht viel davon, mit zwei Männern gleichzeitig eine Liaison zu haben.



Männern gleichzeitig eine Liaison zu haben. Sie meint: „Einer verläßt mich dabei auf den anderen.“

Morgen kostenlos

bekommen Sie die größte Berliner Abonnementzeitung ins Haus gebracht, wenn Sie jetzt für Juni 1968 abonnieren.

61 08 828 oder 61 08 829

Gisela schickt Ihnen dann morgen früh die BERLINER MORGENPOST kostenlos zum Einlesen ins Haus!

Die Berliner Morgenpost erscheint täglich außer Sonn- und Feiertagen. Abonnementpreis: für Haus monatlich 5,70 DM, auswärts bei Postzustellung 6,30 DM.

Leistungsbeweise-Verbraucherpreise. Neckermann macht's möglich!

Dörrfler Würstchen 1,82. Holland Hähnchen 2,45. ECKES Edelkirsch 8,50.

Frischer Rinderschmorbraten 3,75. ca. 35 Koteletts 26,55.

Aperitif „St. Raphael“ 4,78. NECKERMANN Wilmersdorfer Ecke Kantstraße